



15/2019

ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

Dresden ist nun also eine Stadt der Notstände. Vor einigen Wochen wollte die links-grüne Mehrheit im Stadtrat den Klimanotstand ausrufen. Ich hatte eigentlich gedacht, das wäre an Absurdität nicht mehr zu überbieten. Aber nein, es geht noch besser. Nun herrscht in Dresden auch noch ein Nazi-Notstand. Man könnte glauben, es gäbe keinen anderen Probleme, denen sich der Stadtrat widmen kann.

Die grandiose Wortschöpfung ausgedacht hatte sich dann auch ausgerechnet die Spaß-Partei. Die Geschäftsordnung des Stadtrates ließ es nicht zu, den Titel des ansonsten reichlich verschlimmbesserten Antrags nachträglich zu verändern. Und so darf man sich nun bei den Satirikern bedanken. Denn Dresden hat es damit einmal mehr in die Medien geschafft. Sogar CNN und Al-Dschasira berichteten. Und klar: Für die Presse war das alles natürlich ein gefundenes Fressen. Ist das doch Wasser auf die Mühlen und passt wieder hervorragend ins Bild vom rechten Sachsen. Obendrein überlässt man die irrsinnige Bewertung nicht mehr den Journalisten, sondern gibt den Ruf nun auch noch selbst vor.

Da hilft es dann auch wenig, wenn man auf das Fragezeichen hinter dem Wort „Notstand“ verweist. Das macht es nun wahrlich nicht besser. Genauso wenig die „Grundsatzerklärung zum gemeinsamen Handeln gegen antidemokratische, antipluralistische, menschenfeindliche und extrem rechte Einstellungen“. Damit tut man ja gerade so, als würde man derartigen Bewegungen einfach so gewähren lassen. Im Gegenteil engagieren sich seit Jahren viele Menschen gegen jegliche Form von Extremismus. In diesem Sinne ist der Appell noch nichts Neues. So darf man dann eben auch nicht denken, dass mit der Erklärung demokratiefeindliche Einstellungen wie von Zauberhand verschwinden.

Provokation statt Sachpolitik scheint also weiter die Devise im Dresdner Stadtparlament zu sein. Das Traurige: Das Bild von der rechten Hochburg wird unserer Stadt und den Menschen hier wahrlich nicht gerecht. Wieviel Kraft und Geld für gutes Marketing nun notwendig sein wird, um Dresdens Ruf wieder reparieren zu können, beantwortet dieser Antrag nicht. Und so lacht am Ende keiner mehr.

Ihr

Andreas Lämmels

DIE WOCHEN IM PARLAMENT

Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens. Ziel des Gesetzentwurfs ist es, das Strafverfahren moderner und effizienter zu gestalten. Die Befugnisse der Ermittlungsbehörden sollen ausgeweitet werden, indem etwa die Kommunikation von Einbrechern leichter überwacht werden kann. Des Weiteren soll es Verfahrensbeteiligten in der Hauptverhandlung grundsätzlich verboten sein, ihr Gesicht zu verhüllen. Weitere Änderungen sollen zu einem verbesserten Rechtsbeistand bei umfangreichen Verfahren mit mehreren Nebenklägern und bei Opfern von Sexualstraftaten führen.

Gesetz für eine bessere Versorgung durch Digitalisierung und Innovation (Digitale-Versorgung-Gesetz – DVG). Das Digitale-Versorgung-Gesetz wird die Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung weiter vorantreiben. So erhalten Versicherte etwa einen Anspruch auf digitale Gesundheitsanwendungen. Der Innovationsfonds, der 2016 eingerichtet wurde, um innovative Versorgungsformen und anwendungsorientierte Versorgungsforschung zu fördern, wird um fünf Jahre mit 200 Millionen Euro jährlich verlängert. Zusätzlich wurde die rechtliche Grundlage zur Errichtung einer Referenzdatenbank für Fertigarzneimittel geschaffen, die Informationen zu Darreichungsformen, Wirkstoffbezeichnungen und die Wirkstärke beinhalten wird. Zudem wird die Möglichkeit von elektronischen Verordnungen auf weitere Leistungen erweitert.

Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften. In zweiter und dritter Lesung hat der Bundestag das Jahressteuergesetz beschlossen. Es enthält u.a. zahlreiche Maßnahmen zur Förderung vor allem der umweltfreundlichen Mobilität. Dazu werden insbesondere mehrere bereits existierende steuerliche Begünstigungen für Elektrofahrzeuge, Hybridfahrzeuge oder Dienstfahrzeuge bis zum Jahresende 2030 verlängert. Des Weiteren wird eine Sonderabschreibung für E-Lieferfahrzeuge eingeführt und das Jobticket gefördert. Das Gesetz regelt zudem weitere steuerrechtliche Fragen wie etwa die Erhöhung der Verpflegungspauschale für Dienstreisen oder die Erhöhung der Förderhöchstgrenze bei der



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Wohnungsbauprämie auf 700 beziehungsweise auf 1.400 Euro. Der Prämienatz wird dabei auf 10 Prozent angehoben.

Gesetz zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (Forschungszulagengesetz). Mit dem Gesetz wird die Attraktivität des Forschungs- und Innovationsstandortes Deutschlands erhöht, indem wir eine steuerfreien Forschungszulage zusätzlich zur bewährten Projektförderung einführen. Auf dieses Gesetz zur „steuerlichen F+E“ hat die CDU/CSU-Bundestagfraktion lange hingearbeitet. Die Forschungszulage wird an den Personalkosten bemessen, beträgt 25 Prozent der Bemessungsgrundlage und ist gedeckelt auf 2.000.000 Euro.

Gemeinsame Initiative von Bund und Ländern zur Förderung von Schulen in benachteiligten sozialen Lagen und mit besonderen Aufgaben der Integration. Mit einem Antrag fordert die Unionsfraktion die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern ein Programm zur Unterstützung von Schulen in benachteiligten sozialen Lagen und mit besonderen Integrationsaufgaben zu realisieren. Vorbild soll dabei die bereits existierende Initiative „Leistung macht Schule“ sein. In einem zweiphasigen Verfahren werden zunächst bundesweit bis zu 300 Schulen ausgewählt und bei der Entwicklung guter Konzepte für mehr Bildungsgerechtigkeit unterstützt. Anschließend wird eine wissenschaftliche Evaluation durchgeführt und die Ergebnisse dann weiteren Schulen bundesweit zur Verfügung gestellt. Die Leistungen umfassen insgesamt 125 Millionen Euro für 10 Jahre, wovon der Bund die Hälfte trägt.

HALBZEITBILANZ

1. Wir schaffen Perspektiven für Familien, Kinder und junge Menschen:

- **Digitalisierung der Schule:** Grundgesetz geändert, damit der Bund die Digitalisierung der Schulen mit fünf Milliarden Euro unterstützen kann.
- **Erhöhung des Kindergeldes** um zehn Euro seit dem 1. Juli 2019.
- **Fortführung des Kitaausbaus:** Über die bereits gezahlten elf Milliarden Euro hinaus zahlt der Bund bis 2022 weitere 5,5 Milliarden Euro zum Ausbau von Kindertagesstätten (Gute-Kita-Gesetz).
- **Erhöhung des BAföG** um mehr als 15 Prozent und Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten.
- **„Schwarze Null“** im Bundeshaushalt garantiert Generationengerechtigkeit.
- Für einkommensschwache Familien wurde der **Kinderzuschlag erhöht** und der Antrag vereinfacht.

2. Wir schützen das Klima und unsere Umwelt:

- **Umfassendes Klimapaket:** Um Deutschlands Klimaschutzziel 2030 (55 Prozent weniger Treibhausgase im Vergleich zum Jahr 1990) sicher zu erreichen, hat die Koalition ein umfassendes Klimapaket vereinbart. Es enthält unter anderem Anreize durch die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung, günstigere Bahnfahrten, die Förderung von klimafreundlichen Heizungen und E-Mobilität, maßvolle Verteuerung des klimaschädlichen CO₂ ab 2021 bei gleichzeitiger Entlastung der Pendler mit weiter Strecke.
- **Saubere Luft:** Eine Milliarde Euro Förderung für saubere Busse und Müllwagen.
- **Der Anteil erneuerbarer Energien** an der Stromerzeugung hat sich zwischen 2005 bis 2018 von zehn Prozent auf fast 40 Prozent vervierfacht.
- **Ausstieg aus Kohle** bis 2038 wird vorbereitet; Unterstützung der betroffenen Regionen beim Strukturwandel in Milliardenhöhe kommt.

3. Wir sorgen für mehr bezahlbaren Wohnraum:

- **Baukindergeld für Familien** mit 1.200 Euro pro Kind und Jahr für die Dauer von zehn Jahren; Anträge noch bis zum 31. Dezember 2020 möglich.
- **Sozialer Wohnungsbau:** Grundgesetz geändert, damit der Bund den sozialen Wohnungsbau mit fünf Milliarden Euro unterstützen kann.
- **Mietrecht geändert**, um den rasanten Anstieg der Mieten zu bremsen.

4. Wir sorgen für einen starken Staat und garantieren innere Sicherheit:

- **Pakt für den Rechtsstaat** stärkt Justiz und Polizei: 2.000 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte, 15.000 zusätzliche Polizisten bei Bund und Ländern, jeweils bis Ende 2021; schnellere Strafverfahren auf dem Weg.
- **Bundeswehr stärken:** Erhöhung des Wehretats um 6,2 Milliarden Euro (2018 und 2019); Fortsetzung Personalaufwuchs; Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiver gemacht durch ein Bündel an Verbesserungen; Soldaten in Uniform können ab 1. Januar 2020 kostenfrei Bahn fahren.

5. Wir steuern und begrenzen Zuwanderung:

- **Fachkräftezuwanderungsgesetz:** Erleichterung des Zuzuges von qualifizierten Fachkräften nach klaren Kriterien; IT-Fachkräfte mit dreijähriger Berufserfahrung und einem Jobangebot mit einem Mindestgehalt dürfen auch ohne formalen Abschluss nach Deutschland kommen. Personen über 45 Jahre brauchen ebenfalls Mindestgehalt oder angemessene Altersversorgung.
- Regelungen für **mehr Abschiebungen** abgelehnter Asylbewerber; strengere Regelungen für Identitätstäuscher und Mitwirkungsverweigerer.
- **Abschaffung Familiennachzug** für Bürgerkriegsflüchtlinge (bis auf 1.000 Menschen pro Monat aus humanitären Gründen).

HALBZEITBILANZ

6. Wir investieren in Infrastruktur und Hochschulen:

- **Rekordsumme für Investitionen** in Höhe von 77 Milliarden Euro (2018 und 2019), allein für Verkehrsinfrastruktur rund 29 Milliarden Euro.
- **Mobilfunk:** bessere Übersicht über Netzausbau und Funklöcher kommt, höhere Bußgelder für Telekommunikationsunternehmen bei Verfehlen der Ausbauziele.
- **Drei große Wissenschaftspakte 2021– 2030** vereinbart mit den Ländern: Investitionen in Hochschulen, Wissenschaft und Lehre in Höhe von insgesamt 160 Milliarden Euro.
- **Abbau des Solidaritätszuschlags ab 2021 ist auf dem Weg:** Im ersten Schritt entfällt der Solidaritätszuschlag für rund 90 Prozent der Steuerzahler ganz, für weitere 6,5 Prozent teilweise.
- **Beitragsentlastung** für gesetzlich krankenversicherte Arbeitnehmer und Rentner durch paritätische Beitragsfinanzierung (acht Milliarden Euro pro Jahr).
- **Abbau der kalten Progression:** Milliardenentlastung für die arbeitende Mitte der Gesellschaft.
- **Eindämmung von Fahrverboten:** Fahrverbote in der Regel erst ab 50 Mikrogramm NOX/m³ (statt ab 40).
- **Entlastung der mittelständischen Wirtschaft** durch Abbau der Bürokratie; Datenschutzbeauftragter erst ab 20 Mitarbeitern notwendig.

7. Wir stärken Rente, Pflege und Gesundheitsversorgung:

- Rentenpaket bringt Verbesserungen etwa für **Frührentner, Erhöhung der Mütterrente** für vor 1992 geborene Kinder sowie Absicherung des aktuellen Rentenniveaus und Haltelinie beim Beitragssatz.
- **Hohe Rentensteigerungen** im Westen um 20 Prozent und im Osten sogar um 30 Prozent in den vergangenen zehn Jahren. Gute Wirtschaftsentwicklung ist die beste Rentenpolitik.

- **Sofortprogramm Pflege:** Schaffung von 13.000 neuen Stellen für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen.
- **Reform der Ausbildung für Pflegeberufe:** Schulgeld wird abgeschafft, stattdessen erhalten Auszubildende eine Vergütung.
- **Schnelle Arzttermine** für Kassenpatienten durch das Terminservice- und Versorgungsgesetz.
- **Hilfe für Langzeitarbeitslose** durch neue Chancen im sozialen Arbeitsmarkt (in dieser Legislaturperiode vier Milliarden Euro).

8. Wir unterstützen SED-Opfer auch in Zukunft:

- **Entfristung der Rehabilitierungs-Gesetze** als rechtliche Grundlage für Entschädigungen für SED-Unrecht; wären Ende 2019 ausgelaufen.
- **Aufarbeitung von Zwangsadoptionen** in der SBZ/DDR vorangebracht.

9. Wir sorgen für sichere Lebensmittel und starke Landwirtschaft:

- Eine Milliarde Euro zur **Förderung des ländlichen Raums**, Hilfgelder nach **Dürresommer 2018**.
- **Bessere Verbraucherinformationen:** Verstöße gegen Hygienevorschriften werden offengelegt.
- **Abschaffung des Erfordernisses der Hofabgabe** als Voraussetzung für den Altersrentenbezug von Landwirten.

10. Wir schaffen durch Entwicklungshilfe Perspektiven vor Ort:

- **Rekordsummen für Hilfe in Herkunftsregionen** von Migranten: 2018 fast 1,8 Milliarden Euro für Region um Syrien (u. a. Schulbesuch von 350.000 Flüchtlingskindern).
- **Hilfe für Afrika:** Milliardenhilfe u.a. für Marshallplan für Afrika, Sahel-Zone, Klimaschutz und Initiative „Ausbildung und Beschäftigung“.

KLICKTIPP

Lesen Sie hier die Bestandsaufnahme ausführlich:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/bestandsaufnahme>

BEGEGNUNGEN



Am **Institut für Internationale Forst- und Holzwirtschaft der TU Dresden in Tharandt** forscht eine Gruppe von Wissenschaftlern zu innovativen Lösungen im Holzsektor Afrikas. Mit den Mitarbeitern und Studenten des Institutes habe ich mich zu aktuellen Forschungsprojekten ausgetauscht und die Möglichkeiten einer weiteren Zusammenarbeit besprochen. Als Vorsitzender des Arbeitskreises Afrika meiner Fraktion liegen mir diese Kooperationen sehr am Herzen.

Zusammen mit Dr. Bertram Dressel, dem Geschäftsführer der **Technologiezentrum Dresden GmbH**, habe ich mir den dieses Jahr neu eröffneten Standort der sogenannten "Universellen Werke" an der Zwickauer Straße 46 angesehen. Hier wird die Dresdner Wissenschaft mit Unternehmen aus unserer Region und Startups zusammengebracht. Ein sehr wichtiges Projekt für Dresden, welches ich weiter unterstütze.



Nach dem Berlinbesuch vor einigen Monaten besuchte ich nun das **Angebot Stricken interkulturell im Johannstädter Kulturtreff**. Im Vordergrund steht die Freude an der Kommunikation, die vorwiegend in deutscher Sprache stattfindet. Dabei bringen die Teilnehmerinnen gerne ihre handwerklichen und künstlerischen Fähigkeiten und Kenntnisse ein. Im Gespräch mit den syrischen Frauen ging es vor allem um das Thema Integration. Bei mir hat es mit dem Stricken aber nicht ganz geklappt. Ein tolles Projekt, welches Menschen miteinander verbindet!



In der letzten Woche hieß es für mich wieder, die Perspektive zu wechseln. An der **101. Oberschule Dresden** schlüpfte ich in die Rolle des **Schulsozialarbeiters**. Dabei erlebte ich vor allem die bewegte Pause mit Sport- und Spielangeboten sowie die Angebote des Schulclub mit. Außerdem unterstütze ich das Sozialtraining für die 5. Klassen, in dem Umgangsformen unter den Schülern eingeübt werden. Abschließend sprach ich mit den Sozialpädagogen über deren Arbeit an der Schule, die ich nun noch mehr zu schätzen weiß.

TERMINE

08.11.2019, Dresden

Kreisparteitag der CDU Dresden

11.11.2019, Berlin

Gespräch mit Besuchergruppe aus dem Wahlkreis

12./13.11.2019, Paris

Besuch der Französischen Nationalversammlung durch den Ausschuss für Wirtschaft und Energie

14.11.2019, Berlin

Mittagessen mit dem Staatspräsidenten der Demokratischen Republik Kongo

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb